

SSW-Parteitag, Husum, 31.10.2009

Tagesordnungspunkt 6 - Sprachenpolitik

Redebeitrag von Anke Spoorendonk, MdL

## Landtagsgruppen

*Flensborghus*

Norderstr. 74

D24939 Flensburg

*Landeshaus*

Düsternbrooker Weg 70

D-24105 Kiel

tlf. +49 431 988 1380

landtag@ssw.de

Kære venner,

liiw följkens,

liebe Freunde,

sehr geehrte Damen und Herren,

*for friserne er det en selvfølge. Og for mange andre mindretal i Europa er det længst en realitet. Men for det danske mindretal er det er stort skridt, som vi står overfor i dag. Hidtil har vores mindretalspolitik været præget af økonomiske krav. Det har der været god grund til, for uden et solidt økonomisk grundlag kan det kulturelle og sociale arbejde ikke eksistere. Det har SSW kæmpet for i årtier og vi er bestemt ikke nået til vejs ende, selv om vi har opnået meget.*

*Men nu er det på tide, at gå et skridt videre. For mindretalspolitik er mere. Ligestilling handler ikke kun om, at vi får de samme penge som flertalsbefolkningen. Det handler også om at acceptere vores danske kultur og sprog som en fast del af livet i Sydslesvig.*

*I denne henseende er vi kun nået en del af vejen, når man ser det med andre mindretals øjne. For vi har godt nok fundet ud af at leve i fred og fordragelighed med vores tyske naboer. Men vi har også accepteret, at vores danske liv foregår indenfor vores egen lukkede kreds og at det offentlige rum udelukkende er forbeholdt det tyske sprog. Men vores sprog har også krav på at være synlig.. Det har den europæiske sprog-pakt gjort tydelig i de sidste ti år.*

Die 1998 in Kraft getretene Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen hat die Bedeutung der Sprachen ins Zentrum gerückt. Unsere Sprache ist der Kulturträger Nummer 1 und die Grundlage unserer Identität. Deshalb kommt die Nutzung der eigenen Sprache einem Menschenrecht gleich.

Mit der Sprachencharta wurde auch die Sprachenpolitik für die dänische Minderheit in ein neues Licht gerückt. Bis dahin hatte die Sprache in den politischen Forderungen der dänischen Minderheit gegenüber der Mehrheitsbevölkerung eine untergeordnete Rolle gespielt, entsprechend klar definierte sprachpolitische Forderungen für die dänische Bevölkerungsgruppe des Landes gab es kaum.

Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die dänische Minderheit im Gegensatz zu den Friesen über ein „Mutterland“ verfügt und so bei der Sprachpflege nicht auf sich allein und die Unterstützung des Landes und der Kommunen verwiesen ist. Ein weiterer Grund ist, dass die dänische Minderheit mit Rücksicht auf die historisch bedingten „Empfindlichkeiten“ im deutsch-dänischen Grenzland bisher auf solche Forderungen verzichtet hat. Es bestanden immer Befürchtungen, dass dies zu entsprechenden Forderungen der deutschen Minderheit in

Dänemark führen würde und dass dadurch alte Konflikte und Vorurteile im Grenzland wiederbelebt würden.

Elf Jahre nach Einführung der Sprachencharta und 54 Jahre nach den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen ist die Zeit aber reif, einen Schritt weiter zu gehen und eine aktive Unterstützung des Landes und der Kommunen bei der Förderung der dänischen Sprache einzufordern. Denn die Bilanz der ersten zehn Jahre mit der Europäischen Sprachencharta zeigen, dass es zusätzlicher Bemühungen bedarf, um eine angemessene Gleichstellung der Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein zu sichern.

Unser Land sieht sich immer gern als internationales Vorbild in der Minderheitenpolitik, aber wenn wir uns einmal mit anderen Minderheiten vergleichen, fällt auf, dass wir in einem Bereich hoffnungslos hinterherhinken – und das ist eben die Sprache. Der Blick über den Tellerrand zu anderen Minderheiten in Deutschland und Europa zeigt, dass Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht noch weit von einer Spitzenposition entfernt ist. Sprachenpolitik heißt nämlich, dass der Staat anerkennt, dass das Land mehrere Sprachen hat, diese gleich stellt und fördert.

Für den Bereich des Friesischen gibt es bereits seit längerem eine klar definierte Positionierung der Minderheit. Der Friesenrat hat seine sprachpolitischen Forderungen im „Modell Nordfriesland/Modäl Nordfriislon“ festgelegt, die von den Minderheiten in der gemeinsamen Aktion „Sprachenland Nordfriesland“ aufgegriffen wurden. Der SSW hat dafür gesorgt, dass ein Teil dieser Ziele im „Friesischgesetz“ rechtlich festgelegt wurde.

Für die dänische Minderheit gab es entsprechende Positionen noch nicht, beziehungsweise nur für kleine Teilbereiche. Deshalb ist das vorliegende Papier entstanden, das vom SSW mit den anderen Organisationen der dänischen Minderheit abgestimmt wurde. Dabei ist unser Wunsch jetzt nicht ein „Dänisch-Gesetz“. Unser Ziel ist, dass das Land sich mit den Möglichkeiten der Sprachenpolitik auseinandersetzt, eigene sprachpolitische Ziele aufstellt und diese dann auch wirklich umsetzt. Denn die Lehre aus der Sprachencharta ist, dass zwischen den Zielen und der Umsetzung in aller Regel die größte Lücke klafft.

Voraussetzung für eine konsequente Sprachenpolitik in Schleswig-Holstein ist, dass das Land es als seine eigene Aufgabe begreift, die Mehrsprachigkeit konsequent zu fördern. Den Verpflichtungen der Sprachencharta wird Deutschland nur dann gerecht, wenn die Mehrheitsbevölkerung die Sprachenvielfalt aktiv will und politisch unterstützt. Das fordern wir ein.

Die Landesregierung und der Landtag müssen eine eigene Sprachenpolitik des Landes entwickeln und umsetzen, in der die Gleichwertigkeit der Regional- und Minderheitensprachen zum Ausdruck kommt. Das Land muss klare Grundsätze formulieren und daraus einen Handlungsplan ableiten, der konkrete Zielsetzungen, Fördermaßnahmen und einen Zeithorizont der Umsetzung benennt. Wie man so etwas machen kann, lässt sich unter anderem in der niederländischen Provinz Fryslân studieren, die schon lange mit solchen offiziellen Aktionsplänen zur Förderung der friesischen Sprache arbeitet.

Dort kann man vor allem auch sehen, worauf es in der Praxis ankommt: Eine wirkliche Mehrsprachigkeit setzt voraus, dass die dänische

Bevölkerungsgruppe im Landesteil Schleswig Anspruch darauf hat, dass ihre Sprache in ihrem Alltag präsent und nutzbar ist. Dazu gehört unter anderem, dass die Verwaltungen im Land in der Lage ist, mehrsprachigen Bürgerservice anzubieten, dass Verwaltungen und Kultureinrichtungen konsequent mehrsprachig beschildert werden und dass die Verwaltungen auch dänischsprachige Dokumente akzeptieren.

Gerade weil es um den Alltag geht ist es aber vor allem unerlässlich, dass das Land die Gemeinden, Städte und Kreise mit ins Boot holt. Denn sie müssen die Sprachenpolitik dort umsetzen, wo der Alltag der Menschen stattfindet. Deshalb müssen wir – ebenso wie für die Sorben in Sachsen – in der Gemeinde- und Kreisordnung verankert haben, dass Minderheitenpolitik und Sprachenförderung auch zu den kommunalen Verpflichtungen gehört. Und ebenso wie bei den Sorben in Sachsen und Brandenburg wollen wir, dass die Minderheitensprachen stärker in den Medien vorkommen. Denn das dänische Fernsehen ist zwar eine wichtige kulturelle Lebensader für uns. Aber die Sprachencharta gibt uns auch das Recht auf aktuelle Berichterstattung über unsere Heimat in unserer Sprache und dieses Recht wollen wir nutzen.

Zu unseren Forderungen gehört auch, dass vor Ort die zweisprachige Beschilderung deutlich ausgeweitet wird. Ich weiß, dass so mancher denkt, dass das nur Symbolpolitik ist, aber das ist falsch. Denn es wird das Bewusstsein einer ganzen Region prägen, wenn die dänische Sprache wieder stärker zu unserem Alltag gehört. Dadurch ergibt sich übrigens auch die Chance, die kulturellen Wurzeln im Landesteil Schleswig wieder hervorzuheben, die nun einmal weit in die dänische Geschichte reichen. Heute führt die fortschreitende Globalisierung zu

einer Rückbesinnung auf das Nahe. Die kulturellen Besonderheiten einer Region sind wichtiger denn je, weil sie den Menschen Halt und Identität geben. Dies ist auch für die deutschsprachige Bevölkerung wichtig. Nicht, weil wir sie jetzt dänischer machen wollen, sondern weil dies unsere gemeinsame Geschichte ist.

Das Nebeneinander von hochdeutscher, dänischer, friesischer und plattdeutscher Kultur gibt dem Norden einen Reichtum, den es an keinem anderen Ort in Deutschland gibt. Diese Sprachenvielfalt muss aber aktiv gewollt und unterstützt werden. Von einem „Mehrsprachenland Schleswig-Holstein“ würden nicht nur die Minderheiten profitieren, denn es wäre ein handfester Standortfaktor. Es kann dem Land ein positives Image verleihen, das nicht nur kulturell sondern auch wirtschaftlich eine Bereicherung ist. Die Förderung der Mehrsprachigkeit macht den Norden für Unternehmen und Touristen aus Skandinavien und den Niederlanden attraktiver und erweitert zudem die beruflichen Chancen der jungen Generation.

Es gibt mit anderen Worten viele gute Gründe für eine Sprachenpolitik und viele verschiedene Menschen, die davon profitieren können. Das macht es auch leichter für uns, für unser Anliegen zu werben. Ich mache mir keine Illusionen, dass wir dabei gleich mit offenen Armen empfangen werden. Denn die Erfahrungen nach der Landtagswahl 2005 haben noch einmal deutlich gezeigt, dass unter der Oberfläche immer noch Spuren des früheren Grenzkampfes zwischen Deutschen und Dänen überlebt haben. Es wird Menschen geben, die solche Forderungen als Provokation erleben. Und es wird noch mehr Menschen geben, die erst einmal ablehnend reagieren, weil Deutschland sich bisher eben nicht selbst an Mehrsprachenstaat erlebt. Diese Menschen

müssen wir überzeugen, dass eine Sprachenpolitik keine Gefahr ist, die die Bedeutung des Deutschen relativiert, sondern einen Gewinn darstellt. Das ist die Aufgabe, der wir uns jetzt stellen wollen.

*Ved drøftelsene af sprogpolitikken i mindretallet blev der ytret betænkeligheder ved, at det danske sprog heller ikke har det lige godt i alle mindretallets dele. Men dette initiativ peger netop også indad i mindretallet. Vi kommer aldrig udenom, at det tyske sprog dominerer hverdagen for de fleste af vores medlemmer, fordi det er det sprog de taler på arbejdspladsen og i byen. Men sprogpolitikken er også et budskab om, at det danske sprog er ligeværdigt. Og det kan være med til at bevidstgøre sprogets betydning, der for tosprogede mennesker måske ikke er så klar, netop fordi de frit bevæger sig mellem sprogene.*

*SSWs sprogpolitik peger dog også indad på en anden måde. For de målestokke vi anlægger gælder selvfølgelig også for vores forhold til andre mindretal. Her er der desværre endnu problemer i forhold til det mindretal der står os nærmest, nemlig friserne. For at sige det tydeligt: Det er ikke et tegn på sprogpolitisk forståelse, når Flensborg Avis nægter at trykke tekster på frisisk. Her må vi gribe i egen barm.*

*SSWs sprogpolitiske papir handler godt nok først og fremmest om det danske sprog. Men det skyldes udelukkende, at vi som dansk mindretal først må tage dette skridt, for at være på øjenhøjde med friserne igen. Med deres model Nordfrisland har de forlængst formuleret tilsvarende krav for det frisiske sprog.*

*Når vi har vedtaget vores oplæg om en sprogpolitik for det danske kan vi beslutte en resolution, der omfatter fælles krav for dansk og frisisk.*

*Sår har vi en fælles mindretalspolitik igen, og det er jeg særdeles glad for.*

*Liwe friiske waane! Diling heet forålem e språkepolitik for e dånsche språke önj e madelpunkt stinjen. Dåt håt ouers ai, dåt et friisk ai jüstsü wichti as. Ouers: jam wjarn üs ål en påår treease forüt! Jü debat foon diling än dåt wat we diling beslite san e forütseetinge, am ma da seelwie argumänte for e dånsch manerhäid än for da friiske tu stiden. We dånsche hääwe aphååld än nü wan we ma jam di wäi gemiinsom wideregunge,*

*Sprogpolitikken er en start. Den skal nu omsættes i Landdagen og i kommunerne. Som sagt bliver det en sej kamp. Ingen regner med, at vi får det hele her og nu. Og ingen regner med, at det man opnår det ene sted også absolut skal opnås et andet sted. Der er ingen fast tidsplan og ingen fast rækkefølge i vores krav. Det vigtigste er, at vi kommer videre. Landdagsgruppen vil endnu i år tage initiativ til de grundlæggende elementer, nemlig kravet om en officiel sprogpolitik for Slesvig-holstein og den nævnte ændring af kommunalforfatningen. Landsforbundet vi understøtte de kommunalpolitikere der vil tage emnet op med råd og dåd. Vi glæder os til at tage fat på det sammen med jer.*